

BähnlerInnen im Lohnkampf

Die Ostschweizer Bahnen glänzen mit neuem Rollmaterial und Ausbauprojekten. Doch unter den Mitarbeitenden gärt es. Sie fordern faire Löhne.

Kurz vor Weihnachten überraschten zwei Sektionen der Bähnlergewerkschaft SEV die Pendlerinnen in St. Gallen und Frauenfeld mit einer Flugblattaktion.

Sie informierten die Reisenden über das Scheitern der Lohnverhandlungen bei den Appenzeller Bahnen (AB) und der Frauenfeld-Wil-Bahn (FWB). Damit entfällt gemäss den jeweiligen Firmenarbeitsverträgen die Friedenspflicht. Oder mit anderen Worten: Den Betroffenen der AB und der FWB stehen nun sämtliche Protest- und Kampfmassnahmen offen, bis hin zum Streik. Das gleiche Bild bei der Südostbahn (SOB): keine Einigung in den Lohnverhandlungen und somit Wegfall der Friedenspflicht. Weshalb diese Eskalation im Lohnherbst 2018?

Siebte Nullrunde

Exemplarisch lassen sich die Hintergründe an den Appenzeller Bahnen (AB) auf-zeigen. Dort besteht zwar eine funktionierende Sozialpartnerschaft, inklusive ein vereinbartes Lohnsystem. Dieses dient dazu, steigende Berufserfahrung abzugelten und betriebsinterne Lohnkarrieren vorzuzeichnen. Darüber hinaus gewährten die Appenzeller Bahnen in den letzten sechs Jahren aber keinen einzigen Franken Lohnerhöhung. Mangels einer generellen Erhöhung gingen gerade die besonders treuen und langjährigen Mitarbeitenden leer aus. Für den SEV änderte sich die Ausgangslage für die Lohnverhandlungen 2018 fundamental. Denn zum ersten Mal seit vielen Jahren gibt es wieder eine Teuerung von 1.0%. Ohne generelle Lohnerhöhung erleiden die Mitarbeitenden einen Reallohnverlust.

Der SEV machte deshalb von Beginn an klar, dass er einer Lohnrunde ohne generellen Anteil auf keinen Fall zustimmen würde. Die harte Position zahlte sich vermeintlich aus. Mitte November konnte eine Einigung gefunden werden: Sämtliche Löhne sollten um 0.8% erhöht werden, weitere 0,7% sollten über das Lohnsystem verteilt werden. Umso grösser dann der Schock Mitte Dezember: Der Verwaltungsrat der AB sabotierte das Verhandlungsergebnis der eigenen Geschäftsleitung und beschloss eigenmächtig, 1,0% der Lohnsumme für rein individuelle Lohnerhöhungen zu verwenden. Diese Provokation liessen sich die Bähnler nicht gefallen. Sie beschlossen erste Protestaktionen gegen den uneinsichtigen Verwaltungsrat.

Falsche Prioritäten

Weshalb nimmt ein VR einen solchen Konflikt mit dem eigenen Personal in Kauf? Besonders unverständlich erscheint dies angesichts der jüngsten Grossinvestitionen. In den letzten Jahren investierte die AB Millionen in neues Rollmaterial, in die Durchmesserlinie, in den Ruckhaldetunnel und weitere Projekte. Geld scheint genügend vorhanden zu sein. Und trotzdem provoziert der VR das eigene Personal wegen wenigen Tausend Franken Lohnsummenerhöhung. Und fällt gleich auch noch der eigenen Geschäftsleitung in den Rücken.

Beim Blick auf den Verwaltungsrat fällt auf, dass mindestens vier von acht Mitgliedern direkt von Kantonen und Gemeinden entsandt wurden. Die bekanntesten sind der Ausserrhoder Finanzdirektor Köbi Frei (SVP), der Innerrhoder Alt-Säckelmeister Thomas Rechsteiner (CVP) und der St. Galler Stadtrat Peter Jans (SP). Ein dermassen politisch gefärbter Verwaltungsrat zieht ein Grundproblem der Schweizer ÖV-Politik nach sich: Für Investitionen, die Aufmerksamkeit erzeugen, fliesst das Geld. Für den laufenden Betrieb zieht man dann aber die Sparsbremse an. Man vernachlässigt den Schienenunterhalt oder knausert wie im vorliegenden Fall bei der Entlohnung der Mitarbeitenden.

Dies muss sich ändern. Bahninvestitionen sollten sich an den Bedürfnissen der KundInnen ausrichten und nicht am Prestigedenken der Verwaltungsräte. Die Mitarbeitenden müssen deutlich in Erinnerung rufen, dass ein fairer Lohn auch ein zentrales Element für die Sicherheit und Zufriedenheit der Fahrgäste ist.

Links St. Gallen, Nr. 1, Februar 2019.

SEV > Lohnverhandlungen. AB. Links SG, 2019-02-01